

# Attentat und Sozialistengesetz.

Rede

des

Abgeordneten Eugen Richter

vor dem Reichstage am 23. Mai 1878

nebst Einleitung und Schlussbemerkungen zur

Reichstagsauflösung.

(Kassenspende der deutschen Fortschrittspartei.)

Druck und Verlag von Erosch & Ostertag in Berlin.

Zu beziehen durch die

Buchhandlung von C. Barthel in Berlin.

S. Alexandrinenstr. 32.

Preis: broschirt 20 Pf. (im Buchhandel 30 Pf.); in Partien von mindestens 10 Exemplaren je 15 Pf. — Die bis jetzt erschienenen „Politischen Zeitfragen“ (siehe Rückseite) kosten zusammen 2 M. Die Versendung erfolgt gegen portofreie Einsendung direkt und portofrei.

Auf Vork. für Wahlkomit. s, Wahlkandidaten, Zeitungszuerleger, Vereine etc. Die Buchdruckerei von Erosch & Ostertag, Berlin S., Kommandantenstraße 44 a, versendet Partien von „Attentat und Sozialistengesetz“ von mindestens 100 gehefteten Exemplaren gegen vor- herige Einsendung von je 6 Mark pro 100 Exempl. direkt und portofrei.

A 01 - 05410



C. Barthel, Berlin S., Alexandrinenstraße 32,

werden nur gegen portofreie Einsendung des Preises (Postanweisung oder Briefmarken) folgende Schriften portofrei und direkt versendet:

1) Politische Zeitfragen, herausgegeben vom Broschürenfonds der Fortschrittspartei:

a) Nr. 1: Eug. Richter: Die Fortschrittspartei und die Sozialdemokratie. Neue mit Anmerkungen vermehrte Ausgabe.

pro Expl. 20 Pf.  
In Partien von mindestens 10 Expl. 15 Pf. 100 Expl. M. 14,  
200 Expl. M. 25, 500 Expl. M. 55, 1000 Expl. M. 100.

b) Nr. 2: Professor Dr. Hofmann, Mitglied des Abgeordnetenhauses und Direktor des Gymnasiums zum grauen Kloster in Berlin: Die Volksschule und die höheren Schulen. pro Expl. 20 Pf.  
In Partien wie a.

c) Nr. 3: Eug. Richter: Die falsche Eisenbahnpolitik des Fürsten Bismarck. pro Expl. 60 Pf.  
In Partien von mindestens 10 Expl. 50 Pfennig. 100 Expl. M. 40.  
200 Expl. M. 72.

d) Nr. 4: Eug. Richter: Selbstverwaltung und Beamtenregierung. Ein Vortrag über die Fehler und Mängel der neueren preussischen Verwaltungsgefehe. pro Expl. 30 Pf.  
In Partien von mindestens 10 Expl. 25 Pfennig. 100 Expl. M. 22.  
200 Expl. M. 42.

e) Nr. 5: Eug. Richter: Die Sozialdemokraten, was sie wollen und wie sie wirken. pro Expl. 30 Pf.  
In Partien wie d.

f) Nr. 6: Gegen die Steuerprojekte des Reichskanzlers. pro Expl. 20 Pf.  
In Partien wie a.

(Der Broschürenfonds, gesammelt zufolge einer Aufforderung in der parlamentarischen Korrespondenz vom 18. Oktober 1877 aus freiwilligen Beiträgen, ist bestimmt zur Herstellung wohlfeiler Broschüren im Sinne der Fortschrittspartei, insbesondere gegen die Sozialisten, Agrarier und Künstler. Die Broschüren werden für Rechnung des Fonds verkauft, diesem wächst der Ueberschuß zu. Beiträge zu diesem Fonds nehmen entgegen die Reichstags- und Landtagsabgeordneten Eugen Richter, Berlin SW. Tempelhofer Ufer 12, und Hugo Hermes, Berlin O. Neue Promenade 3.)

2) E. Gutzmann (Direktor des Genossenschaftsverbandes für Ost- und Westpreußen): Fünf Episteln über genossenschaftliche Dinge. (Zisterburg 1877) pro Expl. 15 Pf.

Bei Partien von mindestens 10 Expl. 10 Pf., 100 Expl. M. 9.

3) Schulze-Delitzsch: Kapitel zu einem deutschen Arbeiterkatechismus. (11 Bogen) pro Expl. 15 Pf.

Bei Partien wie unter 2.

4) Programme und Abgeordneten-Verzeichnis der deutschen Fortschrittspartei im Reichstage, im preussischen Abgeordnetenhause und in der sächsischen Zweiten Kammer pro Expl. 15 Pf.

Bei Partien wie unter 2.

## I. Einleitung.

### Vor dem Hübelschen Attentat.

Schon seit dem Herbst 1875 hatte eine zunehmende Entfremdung zwischen dem Fürsten Bismarck und der Mehrheit der Volksvertretung in Deutschland und Preußen stattgefunden. Dieselbe trat besonders im Reichstage schon hervor bei der Strafgesetznovelle im Herbst 1875, im preussischen Abgeordnetenhause in der Siftirung der Ausdehnung der neueren kommunalen Reformgesetzgebung auf die westlichen Provinzen, der dann das Scheitern der Städteordnung und zuletzt mit der Unterlassung der Einbringung einer neuen Städteordnung die Siftirung der Reformgesetzgebung überhaupt folgte.

Die Art und Weise, wie Fürst Bismarck am Schluß des letzten Landtags, session eine plötzlich in den Landtag eingebrachte Vorlage über anderweitige Gestaltung der Ministerialressorts durchzubrüden suchte, brachte den scharfen Gegensatz zur Mehrheit des Abgeordnetenhauses vollständig zum Ausdruck, indem die letztere die Vorlage in der Hauptsache ablehnte.

Im Reichstage war im Herbst 1876 schon bei Beratung der Reichs-Zustizgesetze ein Gegensatz nur durch eine sehr weitgehende Nachgiebigkeit des den Ausschlag gebenden Theils des Reichstages vermieden worden. Die folgenden Neuwahlen ließen erkennen, daß für das vom Reichskanzler im Laufe des Jahres 1876 aufgeworfene Reichseisenbahnprojekt im Reichstage eine Mehrheit nicht vorhanden sei. Alsbald schärfte sich im Reichstage in der letzten Session der Gegensatz noch weiter an der Steuerfrage. Im Verlaufe der Session folgten die Minister Camphausen und Achenbach dem Beispiel, welches ihnen schon Delbrück und Graf zu Eulenburg gegeben hatten, und schieden aus dem Ministerium aus. Hervorragend konservative Männer (Graf Otto zu Stolberg-Wernigerode und Graf zu Eulenburg II.) oder politisch unbetannte Personen (Hobrecht) traten an ihre Stelle.

Vor Herrn galt es als vollständig hergestellt, daß Fürst Bismarck etwa 200 Millionen Mark neuer indirekter Steuern, sei es in Gestalt des Tabaksmonopols oder in anderer Form einführen will und daß er dafür zwar einigen Erlaß an direkten Steuern bezw. Ueberweisung an Kommunen in Aussicht stellt, in der Hauptsache aber bestrebt ist, das Einnahmeverwilligungsrecht des Reichstags gegenstandslos zu machen, den Einfluß des Reichstags auf den gesammten Haushalt und damit auf die Regierung überhaupt abzuschwächen und eine Theil aus vollem Beutel wirtschaftende Verwaltung zu ernüchtern. Während die Fortschrittspartei aus ihrer Abneigung gegen solche „Ideen“ schon früher kein Gehehl gemacht hatte, erklärte die ausschlaggebende nationalliberale Partei sich vor Osnern gegen Einführung des Tabaksmonopols oder eine gleiche Einnahme bringende hohe Besteuerung des Tabaks. (Vgl. über die Einzelheiten der Steuerfrage die auf der Rückseite des Titelblatts angezeigte Broschüre: „Gegen die Steuerprojekte des Reichskanzlers.“)

Die Haltung der offiziellen Presse gegen die Mehrheit des Reichstages in den Osnern ließ erwarten, daß Fürst Bismarck unmittelbar nach denselben den vollständigen Bruch mit der Mehrheit des Reichstages herbeiführen und

## II. Die Rede des Abg. Richter (Hagen).

Präsident: Der Herr Abgeordnete Richter (Hagen) hat das Wort.

1) Die Fortschrittspartei von jeher die entscheidendste Gennerin der Sozialdemokratie, nicht aber ebenso die Regierung.

Empfänger... (Mise: Tribüne!) — Ich bin sehr gern bereit, auf die Tribüne zu gehen, aus besser verstanden bin als von der Tribüne. — Meine Herren, der Herr Minister hat es mit einer gewissen Empfänger konstatieren zu müssen geglaubt nach der Rede des Herrn von Bennigsen, daß die Gefahren der Sozialdemokratie auch auf liberaler Seite nicht unterschätzt würden. Der Herr Minister scheint in der That dieser Bewegung und der Stellung der einzelnen Parteien dazu erst seit der kurzen Zeit der Amtsführung genauer gefolgt zu sein, sonst müßte er wissen, daß zu keiner Zeit von liberaler Seite die Gefahren der Sozialdemokratie unterschätzt worden sind, (sehr wahr! links) daß sie die Gefahr früher erkannt als die Regierungen, namentlich als sein Amtsvorgänger Graf Eulenburg I. (Große Heiterkeit.) Als die Sozialdemokratie begann, war es meine Partei, die Fortschrittspartei, die auf das entschiedenste und nachdrücklichste den Anfängen dieser Bewegung entgegentrat. Seit jener Zeit ist sie die bestgehächte Partei von Seiten der Sozialdemokratie, und wir geben uns alle Mühe, die bestgehächte Partei diesen Herren gegenüber zu bleiben. Mit vollem Recht hat man zu jener Zeit den Gegensatz zu Ferdinand Lassalle und seiner sozialistischen Agitation nicht scharfer personifizieren zu können geglaubt, als indem man ihm die Person unsers Parteigenossen Schulze-Delitzsch unmittelbar als den entschiedensten Gegner gegenüberstellte. (Sehr richtig!)

M. H., wo war damals aber die Regierung? (Hört, Hört!) Als ich dem Grafen zu Eulenburg im Jahre 1876 im preussischen Abgeordnetenhaus entgegensteht, wie er sich zur Zeit, als die sozialistische Bewegung ihren Anfang nahm, in einer gewissen wohlwollenden Neutralität, um es milde auszudrücken, der Sozialdemokratie gegenüber verhalten habe, da wußte der Herr Minister mir nichts anderes zu erwidern, als wörtlich Folgendes: Man habe die sozialdemokratische Bewegung eine Zeitlang gehen lassen, damit die Welt sehe, was es damit für eine Verwandtnis habe; (Heiterkeit) erst seit 1 1/2 Jahren sei die Frucht zum Pflichten reif.

M. H., wir sind nie im Zweifel gewesen, was es mit der Sozialdemokratie für eine Verwandtnis habe. Wir haben das unfruchtbar zu jeder Zeit gethan, damit die Saat nicht aufgehe und die Frucht nicht reif werde.

2) Gegensatz des Liberalen und des sozialistischen Programms.

Wir stehen im entschiedensten Gegensatz zu jenen Zielen und zu dem Programm der Sozialdemokraten, wie er entschieden überhaupt gar nicht bestehen kann. Was will die Sozialdemokratie? Sie will die ausschließliche Produktion durch den Staat, den ausschließlichen Staatsbetrieb. Wir sind der Meinung, umgekehrt, daß, wenn man, wie es die Sozialdemokratie will, das eigene Interesse, die Selbstverantwortlichkeit des Einzelnen auf ein Minimum reduziert in der Volkswirtschaft, wenn man diese Faktoren ausschließt, matt setzt in der Produktion, damit die Produktion und die Kulturentwicklung auf ein Minimum zurückgebrängt würde. (Sehr richtig!) Darum m. H., stehen wir so außerordentlich kühl, nüchtern gegenüber, auch wenn es sich nur um eine Ausdehnung des gegenwärtigen wirtschaftlichen Staatsbetriebs handelt, beispielsweise in der Reichsbahnfrage, beispielsweise in der Frage des Tabakmonopols. Der Herr Reichskanzler freilich, wenn er den angeblich übermäßigen Geschäftsgewinn der Tabakhändler dem Staat zuwenden will, der steht, ohne sich vielleicht dessen klar bewußt zu sein, der sozialistischen Anschauungsweise weit näher. (Sehr richtig! Heiterkeit.) Der sozialistische

Staat hat die Vernichtung der persönlichen und politischen Freiheit zur Vorbedingung. (Widerpruch bei den Sozialisten.) — Jawohl! Krasser Despotismus einer Majorität oder einzelner weniger Leute, die dem Einzelnen vorschreibt, was er zu arbeiten hat, was er dafür an Lohn empfangt und was er dafür zu konsumieren hat; das ist der sozialistische Staat. (Widerpruch.) Es ist ja alles, was die Sozialisten wollen, gedrückt zu lesen; aber ihre Tendenz ist ja nur die Polizei im Anlaten. (Gr. Heiterkeit.)

Uns, m. H., werden Sie stets in der Opposition finden, wenn es darauf ankommt, diese persönliche politische und wirtschaftliche Freiheit des Einzelnen zu beschränken, während die Sozialisten, wenn es sich nicht gerade um die Freiheit des Arbeitnehmers handelt, das habe ich schon einmal zu bemerken Gelegenheit gehabt, weit mehr mit den andern Parteien des Hauses zusammenkommen, wie mit uns. M. H., wir sind der Meinung, daß Kulturentwicklung, wirtschaftliche Entwicklung in erster Reihe beruht auf dem Verhalten des Einzelnen und dem freien Zusammenwirken der Einzelnen in der bürgerlichen Gesellschaft, in der Volkswirtschaft. Auf jener Seite wirkt man die ganze Verantwortlichkeit der Zustände auf den Staat, glaubt, daß der Staat, wie ein sozialdemokratischer Schriftsteller sich ausdrückt, der sozialistische Staat die Unmacht, Weisheit und Güte repräsentieren werde, die man in der heutigen Weltordnung dem Herrgott zuschreibt. Wir hören auch hier sehr oft von anderen Parteien, daß man der Verantwortung des Staates mehr zuweist, als der Staat verantworten kann. Wenn hier die Regierung und sei es selbst eine Regierung, gegenüber der wir uns in Opposition befinden, verantwortlich gemacht wird, beispielsweise für das Darniederliegen des Gewerbes, dann sind wir jedesmal eingetreten für diese Regierung und die einzelnen Männer von ihr, indem wir ausföhreten, es darf eine Regierung, und möge sie sein, welche sie wolle, nicht für mehr verantwortlich gemacht werden, als überhaupt der Staat verantwortlich gemacht werden kann. Freilich fängt man in bedenklicher Weise jetzt seitens der Regierung selbst an, die Verantwortung übernehmen zu wollen für die wirtschaftliche Gestaltung der Verhältnisse, man sucht den Glauben zu erwecken in der Regierungspresse, als ob es bloß eines neuen wirtschaftlichen Programms, anderer Maßnahmen der Regierung bedürfte, um die gegenwärtigen wirtschaftlichen Notstände zu beseitigen. Solche Anschauungen über die Verantwortung des Staates, wie sie bei den Sozialdemokraten in größter Ausdehnung vorhanden sind, findet man bei keiner Partei weniger als bei uns.

M. H., der Herr Abgeordnete Bürg hat die sozialistische Bewegung bezeichnet als einen Schatten, der das moderne Kulturleben begleitet. Ich weiß das jurid. M. H., die sozialistische Bewegung ist der Schatten des untergehenden Polizeistaats, der noch in unser Kulturleben hinein fällt; der Polizeistaat hat die Menschen erzogen in dem Wahne, daß es nur auf den Staat und die Staatsgewalt ankomme, um die größte Glückseligkeit auf der Welt hervorzubringen. Daher ist in den Köpfen jener Leute die Meinung entstanden, daß es nur darauf ankomme, das Staatsbruder sich zu bemächtigen, seine Leute in die Leitung des Staates einzuföhren, und jene gekräumte Glückseligkeit sei sofort zu erreichen, die angeblich jetzt aus bösem Willen von denen, die den Staat leiten, ihnen vorenthalten wird.

Die Sozialdemokratie, m. H., ist indeß nach meiner Ueberzeugung weniger gefährlich in den utopischen Zielen, die sie anstrebt, als in den Mitteln, die sie anwendet, um zu diesen Zielen zu gelangen. (Sehr richtig! links.) Eine Erregung des Klassenhasses, die Erweckung des Klassenbewußtseins, wie sie selbst sagt, das Aufreizen der heillosen gegen die mehr Besitzenden, die einzelnen Volksklassen gegen einander, darin liegt die große Gefahr, die Schädigung der wirtschaftlichen und bürgerlichen Gesellschaft. Wir sind immer der Meinung gewesen, daß gerade nach der Seite der Sozialdemokratie in

3) Die verwerfliche Agitation der Sozialdemokraten und ihre Bekämpfung auf positivem Wege.

freiem Zusammenwirken entgegen zu treten, Aufgabe aller dazu berufenen Kräfte in der bürgerlichen Gesellschaft weit mehr ist, als Aufgabe der Polizei.

Es ist auch auf die Wirksamkeit der Kirche Bezug genommen. Nun, der Herr Abgeordnete Jörg wird selbst das Wirken der Hofprediger in Berlin damit nicht in Verbindung bringen wollen. Wir möchten in der That wünschen, daß die Herren davon wenigstens die Hand lassen und sich darauf beschränken, was sie verstehen, sie verstehen ja selbst ihren Beruf wenig. Ich verstehe die Wirkung der Kirche auf dem Gebiete der Erhaltung des Friedens unter den einzelnen Volksklassen durchaus nicht, aber über die Grenzen der einzelnen Konfessionen und Religionsparteien hinaus gibt es ein gemeinsames Band, einen gemeinsamen Bund, der alle vereinigen muß in humanen Bestrebungen. Das hat mein Freund Schulze-Delitzsch schon zu einer Zeit ausgesprochen, als zum letzten Male wohl die Frage so ausführlich parlamentarisch erörtert wurde, wie sie heute erörtert wird, bei jener Debatte über die Koalitionsfreiheit in preussischen Abgeordnetenhaus im Jahre 1865. Er sagte damals:

„Die soziale Frage ist keine spezifische Frage, die man mit irgend einem spezifischen Mittel gleich den Wunderpillen eines Quacksalbers zu lösen vermag. . . . Wir, meine Herren, dagegen bescheiden uns, daß das, was der Einzelne in dieser großen Frage thun kann, unendlich wenig ins Gewicht fällt; wir bescheiden uns, daß wir zu verfahren haben in unserer dauernden und ruhigen Thätigkeit für die Sache; wir wissen, daß die sozialen Aufgaben und die politischen Aufgaben für uns dasselbe sind, und daß sie in ihren Endzielen und in ihren Voraussetzungen zusammenfallen. Es gibt uns nicht nur in dem verfassungsmäßigen Rechtsstaat auf dem Boden der wirtschaftlichen und politischen Freiheit einen Bau zu gründen, in dem alle Klassen des Volkes ihren Platz finden; nein, es gilt auch, diesen Bau als die wirkliche Form mit dem würdigen Inhalt zu erfüllen, mit dem Geist der neuen Zeit, und das ist der Geist der Humanität. Dazu helfe uns das Volk.“

M. S., der Redner hat es wahrlich seinerseits nicht bei dieser Rede bescheiden lassen, sondern ein arbeitsvolles Leben darauf verwandt, nach einzelnen Richtungen allerdings, diese Gebote der Humanität den arbeitenden Klassen gegenüber zu erfüllen. Fern sei es von mir, diese Bestrebungen vom Praktikumsstandpunkt aus in Anspruch zu nehmen. Nein, meine Herren, alle diese Bestrebungen nach den verschiedenen Richtungen auf dem Gebiet der Humanität gehen weit hinaus über die Grenzen unserer und auch der benachbarten Partei; sie sind sehr großen und weiten Kreisen des Volkes gemeinsam. An und braucht deshalb nicht die Aufforderung erst heute gerichtet zu werden, in einen Bund einzutreten, um auf dem praktischen Wege durch positive Schöpfungen der einen oder der anderen Art dazu beizutragen, daß der Klassenhaß vertrieben wird, daß sich die Träger als Träger eines Staates fühlen, daß diejenigen, die im Besitz und Wissen in der bürgerlichen Gesellschaft günstiger gestellt sind, dieses ihr Kapital auch verwenden im Interesse derjenigen, die ungünstiger gestellt sind.)

Aber eine große Gefahr ist vorhanden, wenn man den Gegensatz der Massen ausbentet zu politischen Zwecken, wenn man sich nicht scheut, den politischen Parteilampf in den Massenkampf hineinzutragen. Darin stimme ich mit dem Herrn Abgeordneten von Hellborn in seinen heutigen Ausführungen vollständig überein. Vor jener Gefahr ist schon 1865 von unserer Seite wahrlich scharf genug gewarnt worden. Der Abgeordnete Schulze machte damals eine Versicherung, die ihm nachher in sozialistischen Kreisen natürlich unter Entstellung ihres wirklichen Inhalts, stets nachgetragen worden ist. Er sagte:

4) Große Gefahren, wenn die anti-sozialistischen Parteien den Sozialismus als Kampfmittel gegen einander benutzen.

Man mag wohl die soziale Frage die moderne Sphäre unserer Zeit nennen, meine Herren. Nun gibt es in der menschlichen Natur, bei uns allen, wie wir sind, bei groß und klein, bei vornehm und gering eine dunkle Grenzlinie, wo das Thierische an das Menschliche streift, und wehe dem, meine Herren, das sind die Erfahrungen aller Jahrhunderte, wo: muthwillig und mit frivoler Hand an diese Grenzlinie tastet: der entfesselt die Welle, die ihn mit seinen Löwentauen zerstückeln wird.

Gegen wen war damals diese Warnung gerichtet, nicht an die Leidenschaft, nicht an den Klassenhaß zu appelliren? Gegen die konservative Partei des preussischen Abgeordnetenhauses, gegen ihren Wortführer in dieser Frage, gegen den Abgeordneten Wagener. (Hört! hört! links.) Heute ist wieder von konservativer Seite von den Arbeiterbataillonen gesprochen worden. Es war in eben jener Sitzung, als zum ersten Male von konservativer Seite den liberalen Parteien mit dem Massenschritt der Arbeiterbataillone gedroht wurde. Dieser Warnung in jener Sitzung war eine andere Warnung an die konservative Partei und an die Regierung vorausgegangen aus dem Mund des Abgeordneten Löwe, der damals sagte, man möge sich an dem Zauberspruch ein warnendes Beispiel nehmen, der die Geister, die er berufen hatte, nachher nicht wieder zu bannen vermochte.

Heute ist gesagt worden von dem Herrn Abgeordneten Grafen von Bethusy-Ruc, es liegen keine erwiesenen Thatfachen über einen Zusammenhang der Regierung mit der Sozialdemokratie vor. Doch, meine Herren, nur zu sehr liegen sie vor.\*) In jener Verhandlung des Abgeordnetenhauses im Februar 1865 wurde die Stellung des Abgeordneten Wagener, die Stellung des Fürsten Bismarck zu einer schlesischen Weberdeputation scharf beleuchtet; der Abgeordnete Wagener war schon damals in der sozialen Frage (seiner der Vertrauensmann des Fürsten Bismarck und ist kurze Zeit darauf sein amtlicher Vertrauensmann geworden\*\*) und hat die Stellung lange innegehalten: Sie haben noch heute aus dem Munde des Herrn Abgeordneten Jörg gehört, wie Herr Wagener zu einer internationalen Konferenz im Jahre 1872 über die sozialdemokratische Frage von dem Fürsten Bismarck verwendet worden ist, ja noch mehr, nachdem der Herr Abgeordnete Lascher bereits die wahre Natur Wageners entlarvt hatte im Jahre 1874, hat der Fürst Bismarck diesen selben Mann zum sozialpolitischen Kongress nach Eisenach als Vertrauensmann gesandt, in dessen Gefolge sich als Sekretär auch der in der letzten Debatte vielfach genannte Rudolf Meyer befand. Meine Herren, was man darum über Wagener sagt, trifft mehr als ihn, trifft die Regierung.

Wie war es denn mit der schlesischen Weberdeputation? Im April 1864, als Lassalle seiner Agitation schon eine gewisse Ausdehnung gegeben hatte, erschien aus Waldenburg und Wisteggersdorf eine Deputation von Webern mit einer Adresse an den König, worin sie verlangten, es solle ein Gesetz gegeben werden, daß den Arbeitern eine Mitwirkung bei den Hof- und Fabrikanstaltungen eingeräumt werde. Diese Adresse war hauptsächlich angefüllt mit Klagen und Beschwerden über die Lage der Arbeiter unter den liberalen Fabrikbesitzern jener Gegend, insbesondere des Abgeordneten Leonor Reichenheim, eines Mannes, der mehr als viele andere Arbeitergeber für die Verbesserung der sozialen Verhältnisse seiner Arbeiter gethan

\*) Weber von Seiten eines Ministers noch von Seiten eines Abgeordneten ist die Möglichkeit der nachstehend folgenden Anführungen im Verlauf der weiteren Verhandlung irgenbwo bestritten worden.

\*\*) Wagener wurde im März 1866 vortragender Rath im Staatsministerium und hat diese Stelle bis 1878 bekleidet.

5) Die Haltung des Fürsten Bismarck gegenüber den Anfängen der sozialistischen Bewegung.

hat. Im Jahr 1865 bei dieser Verhandlung, von der ich spreche, hat Fürst Bismarck anerkennen müssen nach einer veranfalteten Enquete, daß es größtentheils Unwahrheiten gewesen sind, die in jener Adresse behauptet waren. Alle lokalen Beamten, der Oberpräsident, der Landrath, haben davon abgerathen, einer Deputation Gehör zu geben, die solche Unwahrheiten verbreitete. Der Minister des Innern hat es abgelehnt, sich mit der Deputation zu befassen; Fürst Bismarck persönlich ist es gewesen, der diese Deputation beim König damals einführte, Fürst Bismarck persönlich ist es gewesen, der Seiner Majestät den Rath gegeben hat, diese Weber mit einer Kapitalunterstützung — (Auf: Zur Sache!) Es gehört leider das zur Sache; wenn man solche Dinge verstehen will, muß man auf den Anfang zurückgehen, ehe die Bewegung um sich griff, und wo man noch mit leichten Mitteln sie beherrschen konnte. — Fürst Bismarck ist es gewesen, der veranlaßt hat eine Unterstützung der Weber zuerst mit 6000 Thaler Kapital, dann nochmals mit 6000 Thaler Kapital, um getreu nach Lassalle'schem Muster eine Produktivassoziation mit Staatshilfe im Waldenburger Kreise in Szene zu setzen, eine Produktivassoziation, die trotz der Aussicht des Landraths sehr bald zu Grunde gegangen ist. Ich bin Zuhörer gewesen bei der letzten Vertheidigungsrede von Ferdinand Lassalle vor dem Düssel-dorfer Gericht, wo er sich hiernach berief auf die Sympathien, die seine Bestrebungen beim König von Preußen und beim Bischof Kettler fanden. Lange genug hat in sozialistischen Versammlungen die Frage auf der Tagesordnung gestanden: der König von Preußen und die soziale Frage. — Ich klage nur den an, der den Rath dazu gegeben hat, in dieser Weise zu verfahren. Damals hat ein so milber Mann wie Leonor Reichensheim — längst lebt ihn die Erde — keinen Anstand genommen, in preussischen Abgeordnetenhaus die Sache zu bezeichnen, wie sie ist. Er hat gesagt, indem er das darstellte, was ich eben angeführt habe; „daraus mag man erkennen, daß das ganze ein Spiel war, ein so trauriges Spiel, wie es je gespielt worden ist zum Nachtheil, ich wiederhole es, des Königsstuhms von Gottes Gnaden.“

M. H. der Führer jener Deputation \*) — noch im vorigen Jahre bemerkte ich seinen Kopf in einer sozialistischen Agitationsversammlung, las ich in den Inseraten der „Berliner freien Presse“ einen Vortrag angekündigt, den er in einer sozialistischen Versammlung bei Gratweil hier in Berlin gehalten hat. Es hat jene Auszeichnung der Deputation durch den Empfang von Seiten des Königs in weiten Kreisen dazu beigetragen, die Bevölkerung irre zu machen, die Behörden zweifelhaft zu machen über die Stellung, welche die königlichen Behörden eigentlich der neu auftauchenden Bewegung gegenüber einzunehmen hätten.

Es kam dann 1865 die Zeit des Herrn von Schweitzer, es erschien der „Neue Sozialdemokrat“, der verkündigte, die liberalen Parteien wollten das Elend der Arbeiter; an die konservativen Parteien, an den Fürsten Bismarck müsse man sich anschließen; der werde für den armen Arbeiter etwas thun. In jener Zeit war Liebknecht Redakteur der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung.“ (Hört! hört!) Ich trete damit Herrn Liebknecht nicht zu nahe. Herr Liebknecht schied in jenem Jahre 1865 aus der Redaktion aus. In einer seiner Schriften theilt er mit, daß er ausgeschrieben sei, als diese „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ Regierungsorgan geworden. Es sei ihm angeboten, auch in dem Regierungsorgan nach wie vor über Sozialismus und Kommunismus in seinem Sinne zu schreiben, (hört! hört!) er habe das aber abgelehnt, um sich nicht in diese Bewegung einzulassen. Gleich darauf ist Liebknecht aus Berlin ausgewiesen worden.

\*) Florian Paul.

Es erregte das umso mehr Aufsehen, als es eine sehr vereinzelte Maßregel war, die man damals gegen Sozialdemokraten ausübte. Wer noch jene Zeiten im Gedächtniß hat, — ich kenne sie genau, ich habe damals eine Geschichte der Sozialdemokratie über das Jahr 1865 geschrieben nach Protokollen, die in sozialistischen Versammlungen auf Veranlassung der liberalen Parteien geführt wurden, — der weiß, daß zu jener Zeit zwischen der Haltung des Regierungsorgans, der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ und des sozialdemokratischen Organs in Berlin in Bezug auf soziale Fragen kein Unterschied mehr war, daß in Berlin dieselben Stichworte gegen die liberalen Parteien und die damalige Majorität des Abgeordnetenhauses ausgespielt wurden.

Herr Bebel hat hier im Reichstag über Herrn von Schweitzer, der bis zum Jahre 1872 Präsident des allgemeinen deutschen Arbeitervereins in Berlin gewesen ist, am 9. Dezember 1875 folgendes erklärt:

Wir aber wissen es, daß Herr v. Schweitzer, der sozialistische Führer, im geheimen ein politisches Werkzeug der preussischen Regierung war, der unter rabikaler Maske den Regierungsgagenten spielte.

Der Herr Hasenclaver, der zu jener Zeit, als von Schweitzer Präsident des Vereins war, Sekretär des Vereins war, hat den Herrn Abgeordneten Bebel noch nicht berücksichtigt in Bezug auf diesen Punkt. Man muß doch annehmen, daß die Herren ihre eigene Vorgeschichte selbst am besten kennen. Ich kann nicht sagen, daß ich es für eine Verleumdung halte, wenn man eine solche Behauptung aufstellt, daß die sozialdemokratische Bewegung in Berlin bis in das Jahr 1872 hinein wesentlich und in der Hauptsache ein Kunstprodukt gewesen ist, das von einer Seite unterstützt und subventionirt worden ist. Wir haben auch in jener Zeit in Berlin versucht, unsere Schuldigkeit zu thun in der Bekämpfung solcher Agitationen. Gleichgiltig aber ob damals die Sozialdemokratie wirklich im Wunde war durch Schweitzer, Wagener, oder wer sonst die Verbindungsstette bis zur Regierung hinauf bildete, das muß ich sagen nach meiner eigenen Erfahrung, das Zusammenspiel zwischen der offizialen Presse und zwischen dem Herrn Geheimrath Wagener im Reichstag und der Haltung der sozialdemokratischen Presse in Berlin hätte in jener Zeit nicht besser sein können, wenn sie wirklich im Wunde miteinander gewesen wären.

Wir haben damals versucht, auch unsererseits durch Versammlungen die Sozialdemokratie zu bekämpfen. Wie ist es uns aber ergangen? Seit dem Jahr 1869 wurde das Präsidiz gegeben, daß alle politischen Versammlungen in Berlin vogelfrei waren, preisgegeben dem Einbringen jeder noch so kleinen Bande von Staudalmachern und Störern. Das erste Beispiel der Art wurde gegeben im Konzerthause in der Leipziger Straße. Es handelte sich in der damaligen Versammlung um eine militärische Frage. Die Sozialistenführer erlaubten sich damals den Scherz, die Versammlungen, die von der Fortschrittspartei oder sonst einer Partei angekündigt waren, gleichfalls bei der Polizei als ihre Versammlung anzukündigen, obwohl sie dem Hausbesitzer, dem Wirth gegenüber dazu kein Recht besaßen. Nun drangen sie ein und störten die Versammlung durch Tumult. In diesem Falle entsand eine förmliche Prügellei in der Versammlung und machte eine ruhige Abhaltung derselben unmöglich. Der Minister des Innern — (Auf: Vereinsrecht!) Ja, meine Herren, wir sprechen von der Handhabung des Vereinsrechts, jetzt bin ich bei der Sache, um den Ministern zu beweisen, wie das Vereins- und Versammlungsrecht gehandhabt wurde. Es mag sein, daß diese Sache Ihnen nicht gefällt, aber zur Sache gehört nichts mehr als dieses. Wir beschwerten uns in dem preussischen Abgeordnetenhaus über diese Haltung der Polizei, welche nicht Schutz gewährt den politischen Versammlungen in Berlin, sondern

\*) Die Sprengung liberaler Versammlungen durch die Sozialdemokraten mit Zulassung der Polizei.

rühlig vor der Thür steht und zusieht, wie eine Versammlung durch Eindringliche gestört wird. Auf diese Beschwerde erwiderte der Herr Minister Graf Sillenbürg in der jovialen Laune und humoristischen Weise, die ihm eigen war, im Abgeordnetenhaus: was das großes wäre? Er sagte unter anderem:

Die Teilnehmer der zweiten Versammlung rüden an. Die Polizei hat keine Berechtigung, Ihnen den Eintritt zu verwehren, sie vermischen sich mit einander und man hört ein dumpfes Getöse. Es wird gemeubel, sie prüfeln sich, aber die Eingänge zum Saal sind so voll, daß ein Eindringen der Polizei, um das, was darin vorgeht, zu hören, nicht möglich ist. Es müßte erst eine neue Prügelei stattfinden, um sich Eingang zu verschaffen. Unter diesen Umständen muß sich die Polizei darauf beschränken, zu warten, bis sich der Lavaström ergießt und bis die Unordnung aus dem Versammlungstokal hinaustritt auf die Straßen und dort das Publikum fütet.

Der Minister fügte noch ausdrücklich hinzu: „Das sind die Gesichtspunkte, von denen die Polizei auszugehen hat.“ (Heiterkeit.) Wenn so ein Minister die leitenden Gesichtspunkte in dieser Weise im Abgeordnetenhaus ausspricht, wenn er gewissermaßen das Versammlungsrecht als nicht mehr unter dem Schutze der Polizei und des Staates stehend erklärte, jede politische Versammlung für vogelfrei erklärte, darf man sich wundern, meine Herren, daß die sozialdemokratische Partei von dem Augenblicke an sich ermuntert fühlte, überall in die Rechtssphäre anderer Parteien, in ihr Versammlungsrecht einzubringen? Nicht das wollen wir, daß die Freiheit auf dem Gebiete des Versammlungswesens beschränkt werde, aber wir klagen die Regierung an, daß sie ihre Machtmittel nicht benutzt hat, um die Freiheit anderer Parteien gegen diese Eingriffe der sozialdemokratischen Partei zu schützen, daß sie das natürliche Hausrecht in Versammlungen und Vereinen nicht unter politischen Schutz gestellt hat. Die Zahl derjenigen, die an einer politischen Versammlung sich beteiligen wollen, wenn sie vorher Theil nehmen müssen an einer Prügelei, ist natürlich eine viel geringere. (Heiterkeit.) Seit jener Zeit, seit dieser Versammlung im Konzerthaus hat ein freies Versammlungsrecht, haben Volksversammlungen in Berlin nur bestanden für die sozialistische Partei, (hört!) allen anderen Parteien ist es, um sich gegen solchen Einbruch und solche Verfassungen zu schützen, nur möglich gewesen, den Zutritt gegen Karten zu gestatten. Diese Praxis der Sozialdemokraten, in fremde Versammlungen einzubringen, (Auf der Sozialisten Volksversammlungen!) — nicht Volksversammlungen! Das ist schon zehnmal hier bemiesen worden, daß Sie eingebracht sind in die Versammlungen der nationalliberalen Partei, das letzte Mal unter dem Vorsitzenden Herrn Derenburg, in Versammlungen der Fortschrittspartei, wo ich selber zugegen war und wo Sie gar nichts zu suchen hatten. (Heiterkeit.) Es war gerade dies eine Versammlung der Fortschrittspartei, die auf meine Veranlassung zum ersten Mal wieder ohne Antheilung von Karten stattgefunden hatte. Sofort — sie sind nur eine Kleinigkeit zu spät gekommen — sind Sozialdemokraten eingebracht, und ihre Führer konnten nur durch Polizei beseligt werden; die Sache hat später auch bei Gericht gespielt. — So also, wie ich es vorher geschildert, ist freilich das Versammlungsrecht schulplos gewesen, man hat mit einer gewissen wohlwollenden Neutralität es angesehen, daß die Versammlungs- und Vereinsfreiheit durch dritte Personen viel mehr beschränkt wurde, als das jemals durch Polizei und Polizeigesetze der Fall gewesen ist. Das hat viel dazu beigetragen, die sonst natürliche Reaktion gegen die sozialistische Agitation lahm zu legen.

Nun, meine Herren, man spricht wohl von liberalen Parteien, von der

Herrschaft der liberalen Parteien, unter denen die Sozialdemokratie diese Ausdehnung gewonnen hat. Ich muß Ihnen sagen, von einer Herrschaft der liberalen Parteien habe ich in der Zeit, wo die sozialdemokratische Bewegung begonnen hat, sehr wenig bemerkt, wir haben die ganze Zeit hindurch eine konservative Regierung gehabt (Döll) — gewiß die noch dazu von einer persönlichen Autorität getragen war, viel mehr als das vorher oder nachher bei einer Regierung der Fall sein wird. Die Sozialdemokratie ist nicht älter als das Ministerium Bismarck; die Probe ist noch gar nicht gemacht, welche Nahrung und welchen Spielraum eine derartige Bewegung unter einer wirklich liberalen Regierung findet. Etwas die Sozialdemokratie nun als eine Frucht der Regierung des Fürsten Bismarck hinzustellen, den Spieß umzukehren, den er gegen uns geführt hat, dessen wollen wir uns nicht schuldig machen, nein! ich sage, nur durch dieses Verhalten in der ersten Zeit und in der entscheidenden Entwicklungsperiode hat das Ministerium mehr zum Fortkommen der sozialistischen Bewegung beigetragen, als es an sich sonst der Fall gewesen wäre. Das ist ja vollständig richtig, den eigentlichen Umfang, die eigentliche Größe und Bedeutung hat die sozialdemokratische Partei erst gefunden seit dem Jahre 1872. Es ist gesprochen worden von der Schule, von der Bedeutung der Schule auf die Erziehung. Der Abgeordnete Jörg hat gesagt, diese Schule, der man die religiösen Elemente mehr und mehr entzogen, die moderne Schule sei das eigentliche Seminarium der Sozialdemokratie. Nun, meine Herren, alle die Sozialdemokraten, die jetzt da sind, bis zum zwanzigsten Lebensjahr herunter, alle die sind aus der religiösen Musterschule, wie sie Herr v. Müllers eingrichtet und verwaltet hat. (Lebhafter Beifall links.) Das sind die echten und rechten Musterskinder der preussischen Regulative! Sie haben ihre Schulzeit absolviert noch unter dem Regime Müllers, noch während alle diese religiösen Elemente, von denen die Rede ist, vollständig die Herrschaft über die Schule hatten, wie man sie nicht besser wünschen konnte. Wenn man vielleicht etwa sagen wollte, das Ministerium Fall, welches nun gefolgt sei, habe für die schon aus der Schule Entlassenen durch seine Stellung zur Kirche und Schule jener Schulbildung entgegengezwirrt, dann muß ich doch sagen, die religiöse Erziehung, diese Ausbildung muß doch sehr schwach und äußerlich gewesen sein, die durch das bloße Erscheinen eines anderen Ministers wieder in ihrer Wirkung neutralisiert werden konnte. Dasjenige, was wir an der Volksschule in jenen Zeiten auszuweisen haben, ist ja das, daß sie auf die Entwicklung des Denkvermögens zu wenig Werth und Sorge gesetzt hat, um desto mehr stark im Glauben zu machen und nebensbei auch das Gedächtniß möglichst zu stärken. Nun, meine Herren, diese Stärkung im Glauben bei einseitiger Entwicklung des Denkvermögens kann auch dazu führen, wenn der Glaube eine falsche Richtung bekommt, daß man eben so gern bereit ist, an die Wunder, die Herr Most für das sozialistische Jenseits verlinkdet, zu glauben. (Heiterkeit.) Wenn ich auf die Agitatoren der Sozialdemokratie sehe, so muß ich es Bemundern, mit welcher Akkuratesse sie die Kernsprüche aus den Schriften der Sozialdemokraten wiedergeben, wie sie fundentlang Neben mit einer großen Gedächtniskraft zu halten vermögen (Heiterkeit); da muß ich mir oft sagen, wenn sie solche Leistungen hervorbringen, die nicht im Verhältnis zu ihrem sonstigen Bildungsstandpunkt stehen, daran zeigt es sich, wie sehr gerade in jener Zeit das Gedächtniß geübt worden ist durch die große Zahl Kernsprüche, Gesangbuchlieder, die diese jungen Leute seiner Zeit haben auswendig lernen müssen. (Heiterkeit.) Freilich die Gesangbuchlieder sind längst vergessen. An Stelle der biblischen Kernsprüche sind andere getreten. Wäre nur das Denken etwas mehr entwickelt worden!

Meine Herren, darüber ist bei mir kein Zweifel, daß die sozialistische Bewegung der letzten Jahre eine Folge ist der wirtschaftlichen

Der Sozialismus angeblich eine Folge des Liberalismus und der modernen Schulreformen.

9) Die Entwicklung der sozialistischen Bewegung von 1872—1878.

Verhältnisse. In der That hat sich die sozialistische Bewegung gerade an der Magenfrage in den letzten Jahren entwickelt. Seine Nachwirkung des Krieges, jene Grünberperiode, die große Nachfrage nach Arbeitern, das Bestreben der Arbeitgeber, sich untereinander die Arbeiter abspenstig zu machen, das hat diese Arbeiterverhältnisse damals so aufgelockert, nicht irgend ein Paragraph eines neuen Gesetzes. Seine Auflösung der Arbeiterverhältnisse ist ein Produkt der wirtschaftlichen Verhältnisse dieser Jahre gewesen; in diesen aufgelockerten Boden ist die Saat fruchtbringend gefallen, da hat sie jene Entwicklung gefunden. Man hat sich von sozialistischer Seite der Lohnfrage überall bemächtigt, wo unzufriedene Arbeiter vorhanden waren, man hat Streiks organisiert, man hat den Lohnstreik als Partei auszuweichten gesucht und hat sich auf dem Boden der Lohnfrage jene Organisation geschaffen, die man nachher politisch zu verwerthen bestrebt gewesen ist. (Auf aus der äußersten Linken; Waldenburg!\*) Nachher hat die wirtschaftliche Lage ein umgekehrtes Bild gezeigt. Es ist der Krach, der Niedergang der Bühne eingetreten. Nun hat man sich der Unzufriedenheit über diese Verschlechterung der Verhältnisse bemächtigt, nun hat man auch diese Unzufriedenheit der Arbeiter politisch zu verwerthen gesucht. Die Bewegung hätte aber nach meinem Dafürhalten nicht den Umfang und die Ausdehnung gewinnen können, wenn ihr nicht zu Hilfe gekommen wäre eine große apathische Stimmung, eine Zurückhaltung in öffentlichen Angelegenheiten in weiten Kreisen der Bevölkerung. Gegen diese Klassen erhebe ich mit den Meduern anderer Parteien meine Vorwürfe, wir wollen aber auch diese Apathie zu verstehen suchen. Es hat eine Zeit gegeben unmittelbar nach den großen militärischen Erfolgen, wo ein unberechtigter Optimismus Platz griff, weil man glaubte, wir wären nicht bloß die tapferste, sondern auch gebildete und reichste Nation, es verstehe sich jetzt alles ganz von selbst, die Entwicklung schreite stetig vor. Diese optimistische Stimmung in weiten Kreisen der Bevölkerung hat auf die ruhige, thätige, politische Arbeit nicht günstig eingewirkt. Es ist dann ein Umschwung eingetreten, es sind die Seiten des Pessimismus gekommen, in denen man sagte, wir Deutsche können nur billig und schlecht produziren, wir gehen der wirtschaftlichen Bekämpfung entgegen, es ist keine Rettung. Auch diese pessimistische Stimmung hat entgegen gewirkt der Theilnahme des Volks an der Bekämpfung der Sozialdemokratie; ja, meine Herren, diese pessimistische Stimmung hat sogar sehr viel Verwandtes mit der Sozialdemokratie. Wenn ich einen großen Theil der schuzöllnerischen Presse mir ansehe, für die ich übrigens keinen Theil des Hauses verantwortlich mache, wenn ich dort lese, daß die Freihändler an Elend und Noth Schuld seien, wenn man hier dem Bureau Bilder einschickt, auf welchen eine hungernde Familie dargestellt ist und dabei die Köpfe von Mitgliedern dieses Hauses als Ursache dessen\*\*), so kann man es nicht leugnen: diese Agitationen stehen mit denen der Sozialisten auf einer Höhe. (Sehr wahr!)

\*) In der folgenden Debatte ist der Fortschrittspartei hieran anknüpfend der Waldenburger Strike aus dem Jahre 1869 zum Vorwurf gemacht worden. Dieser Strike war, wie Max Hirsch, der Anwalt der Gewerksvereine, im Reichstag konstatierte, von der Fortschrittspartei nicht provoziert; er hatte auch keine Lohnfrage zum Gegenstand, sondern Uebeln des Gebots von Arbeitgebern, aus den Gewerksvereinen auszuscheiden. Davin lag eine Vorhaltung der gesetzlichen Koalitionsfreiheit. Die Streikenden sind deshalb Mitglieder der verschiedenen Parteien, darunter auch von Arbeitgebern und Mitgliedern der Fortschrittspartei mit Selbstbeträgen unterstützt worden.

\*\*) Aus Rattowitz war ein solcher von einem Hagener verfaßter Wilderbogen eingeschickt, der u. A. auch das Bild des Meduens enthielt.

Die Theilnahme an den Wahlen hat von Seiten der gegnerischen Parteien der Sozialisten sehr viel zu wünschen übrig gelassen, aber nicht ohne Schuld ist die Regierung daran. Wenn die Regierung sich nicht für verantwortlich erachtet der Mehrheit des Volks, dem Parlament, der Volksvertretung gegenüber, die aus den Wahlen hervorgeht, kann man sich nicht wundern, wenn die einzelnen Wähler sich auch weniger verantwortlich fühlen für den Ausfall, wenn die rechte Energie der Beteiligte an der Wahl fehlt.

Die letzten Wahlen haben in weiten Kreisen Verwunderung erregt, haben das Bestreben wadgerufen, den Bestrebungen der Sozialdemokraten entgegen zu treten. Diese Bestrebungen sind lebendig geworden, sie haben in der letzten Zeit nachgelassen. Nun kommt das Attentat, meine Herren. Mir liegt es durchaus fern, die sozialistische Partei irgend dafür verantwortlich zu machen, ich bin der Meinung, dieses Attentat ist viel weniger ein politisches Attentat als andere Attentate der letzten Jahrzehnte. Das Attentat ist das Werk einer verlumpten, verlotterten, von Jugend auf verwahrlosten Persönlichkeit, die ihrem Erbe zum Zerföhren, ihrer Bestialität Ausbruch zu verleihen suchte und dabei eine gewisse Grobmannsucht, eitle Prahlerei entwickelt hat. Die Persönlichkeit hat die sozialistische Partei selbst zu beschwindeln gesucht, ist sündlich von ihr ausgestoßen worden, hat ihr nur gewisse Phrasen entliehen, weil derartige Persönlichkeiten stets geneigt sind, ihre eigene Persönlichkeit herauszuputzen mit Phrasen, wo sie am Kräftigsten und dem Gannem am schwachsten geboten werden. Der Zusammenhang dieses Attentats mit der sozialdemokratischen Partei ist ein rein äußerlicher, aber das muß ich sagen, in weiteren Kreisen hat dieses Attentat die Aufmerksamkeit auf die sozialdemokratische Bewegung gelenkt, und gerade dadurch, weil dieses Subjekt sich solcher Phrasen bediente, die eine erschreckliche Nehmlichkeit mit solchen Phrasen und Nebenarten, wie wir sie in der „Berliner Freien Presse“ wiederholt zu lesen gehabt haben. Noch mehr ist die Bevölkerung erregt worden durch die Art, wie die sozialdemokratische Presse das Attentat behandelt hat, (sehr wahr!) indem sie das Attentat nicht als Schleichheit und Wahnsinn eines einzelnen Menschen, wie sie hier es dargestellt haben, betrachtet, sondern auf das Konto der bestehenden Ordnung, der gesellschaftlichen Einrichtungen gestellt hat. Dadurch ist eine weit verbreitete Bewegung allerdings im Volk entstanden, und, meine Herren, wie alles, was auch noch so schlechtes auf der Welt geschehen mag, seine guten Seiten hat, so konnte in der That diese Schandthat unter den Sünden ein Anfang sein einer weitgreifenden Reaktion im guten Sinn gegen die sozialdemokratische Bewegung. (Beifällige Zustimmung.) Alle Parteien fühlten sich einig in der Verurtheilung des Attentats, mit Ausnahme der Sozialisten, alle einig in der Kundgebung gegen die ehrwürdige Person Seiner Majestät des Kaisers.

Da kommt eine solche Gesetzesvorlage. Die Sozialisten waren isolirt gegenüber allen anderen Parteien, jetzt wird umgekehrt die Einigkeit der anderen Parteien gestiftet, diese Parteien erscheinen jetzt der Regierung gegenüber gespalten; die Sozialisten, ich will nicht sagen, sie erscheinen gedeckt, aber sie treten in den Hintergrund, die Aufmerksamkeit ist abgelenkt, in erster Linie von dieser Frage hingelenkt auf diese Gesetzesvorlage. Meine Herren, kann man wohl ungeschickter verfahren in der Bekämpfung der Sozialdemokratie? (Auf: Sehr richtig!) Kann man der sozialdemokratischen Bewegung mehr thun, als es dadurch geschieht? Herr Abgeordneter Graf von Bethusy-Duc sagt: das Volk verlangt, daß etwas geschehe. Ja, meine Herren, einen Bruch theil des Volks außerhalb hat man bei dieser Vorlage auf seiner Seite, das ist derjenige Bruchtheil des Volks, der Nähe für die erste Bürgerpflicht hält, (Weiterkeit) derjenige, der, wenn auf der Straße etwas passiert, den Kopf aus seiner Zipfelmütze heraussteckt und fragt, was da los sei und dann

10) Das Obel'sche Attentat und die Bewegung gegen die Sozialisten.

10) Die Gesetzesvorlage der Regierung, eine Stimmung der antisozialistischen Bewegung.

sagt, sofort müsse nach der Polizei geschickt werden. Hat er nach der Polizei geschickt, so zieht er den Kopf wieder zurück und legt sich wieder auf das Kuchelager und bleibt nach wie vor der ruhige, loyale Bürger, der niemandem etwas zu Leide thut. M. S., diese staatsverhaltenden Kräfte erhalten am wenigsten den Staat. (Große Heiterkeit.)

Diese stehen allerdings auf Seite der Vorlage; diese verlangen allerdings, daß die Polizei komme, damit sie selbst um so weniger zu thun brauchen, damit sie in ihrer elenden Selbstgenügsamkeit, die diese Art von Willkür auszeichnet, von der politischen Arbeit, vom Eingreifen in das öffentliche Leben sich fernhalten können. Aber die thätigen strebsamen Bürger, die sich verantwortlich halten für das, was im Staat geschieht, stehen nicht auf Seite dieser Vorlage, sie fühlen sich gekreuzt in ihren Bestrebungen, abgeschreckt, gestört zum mindesten durch das, was diese Vorlage an Spaltungen innerhalb der wirklich staatsverhaltenden Elemente zu Wege bringt.

Meine Herren, an sich erklärlich ist diese Vorlage uns gar nicht, und eben deshalb kann die Regierung sich nicht wundern, wenn man nach anderen Erklärungsgründen sucht, wenn in weiten Kreisen sich die Meinung verbreitet, die Vorlage sei weniger gegen die Sozialisten als gegen die Majorität des Reichstages gekehrt. Herr von Bennigsen hat mit großer Präzision die Frage aufgeworfen, ob die Regierung vorher überzeugt gewesen sei, wie es Graf Bethusy-Ruc andeutete, daß diese Vorlage die Genehmigung des Reichstages nicht erhalten werde. Darauf hat Herr von Bennigsen keine runde und klare Antwort erhalten, es ist nur geantwortet worden, die Regierung nimmt diese Vorlage ernst. Wir wollen wissen, ob sie vorher überzeugt war, daß diese Vorlage die Zustimmung des Reichstages nicht finden werde. Meine Herren, wollen Sie wirklich den Glauben erwecken, daß diese Vorlage nicht gegen die nationalliberale Partei, sondern gegen die Sozialisten sich kehrt, dann, meine Herren, dann rathe ich Ihnen, die Meute in der offiziellen Presse jetzt sehr an die Reite zu legen. (Heiterkeit) denn wenn das so fortgeht, wenn die Tonart sich steigert, die jetzt beginnt, dann muß binnen kurzem der rechtschaffene Landrat, der gute Wendarm oder wer sonst berufen ist, bei den Wahlen in der Zukunft eine große Rolle zu spielen, wirklich glauben, die Nationalliberalen seien schuld an der ganzen sozialistischen Bewegung, der Fraktionsgeist, der Doktrinarismus — Theorie sagt Herr von Hellendorff, ich weiß nicht, wie die Schlagworte alle heißen \*\*) — die seien eigentlich die tiefere Ursache vielleicht des Attentats selbst. Das kommt davon, wenn man eine so schlecht dirigierte offiziöse Presse hat.

Nicht wenig habe ich mich darüber gewundert, daß die konservativen Parteien nicht bloß mit einfacher Zustimmung, sondern mit einem gewissen Glanz die Vorlage anzunehmen entschlossen sind. Politische Rücksichten mögen Sie ja dazu bestimmen, aber ich kann Eines nicht begreifen: auf Ihrer Seite sind gerade auf dem Gebiet der praktischen Polizei so viel erfahrene, gebildete Männer. Wie können nun solche Männer vom Standpunkt des Polizeitechnikers eine wirklich so polizeiwidrige Vorlage haben gutheissen können. (Stürmische Heiterkeit.) Es hat ja eine Zeit gegeben, wo man meinte, die ganze Kunst der Kriegführung bestände darin, recht hoch draufzugehen, in der man geneigt war, die sogenannten Haubden als die größten Feldherren anzusehen. Heute gilt diese Kriegskunst schon längst nicht mehr. Säkten wir nicht bessere Generale im

\*) Neuerlich hat die offiziöse Presse diese Aeußerung dahin verbreitet, der Redner habe aufgefordert, den Kampf gegen die Sozialisten einzustellen, während liberalen handelte.

\*\*) Diefelben Schlagworte spielen auch heute in der offiziellen Presse eine große Rolle.

11) Die Gesetze vorlage kehrt sich gegen die liberalen Parteien.

12) Die Vorlage ist nicht geeignet, die Sozialisten wirksam zu bekämpfen, wird vielmehr eher das Gegenteil bewirken.

Kriege gehabt, wie wir Polizeiminister in Preußen haben, wir hätten sehr traurige Erfahrungen gemacht! Die erste taktische Regel muß doch sein — so habe ich es wenigstens immer verstanden — mit dem Feinde Fühlung zu erlangen, zu wissen, wo er steht, wie er sich entwickelt, welche Verbindungen er hat, nach welcher Richtung sein Angriff erfolgen soll. Diese Kenntnisse haben wir jetzt in erwünschtestem Maß. Ich wünsche nur, daß die Herren von der Polizei soviel von den Sozialisten wüßten wie andere Leute. Die sozialdemokratische Bewegung entwickelt sich gerade in der größten Offenheit; wenn man Kenntnis nehmen will, kann einem nichts verborgen bleiben in der ganzen Agitation. Durch das Gesetz haben Sie diese Kenntnis mit einem Schlage auf, Sie drängen die Bewegung zurück aus der Offenheit, Sie benehmen sich die Kenntnis, den Umfang zu schätzen, Sie verstopfen das Sicherheitsventil und befinden sich vor einer Bewegung, die Sie selbst nicht mehr abzumessen verstehen. — Sie sagen, die Verbreitung, die Ansteckung wird vermindert. Nun, meine Herren, es ist schon ausgeführt worden, daß diese Ansteckung, diese Verbreitung sich nicht allein in der Offenheit vollzieht, daß sie wirksamer, konzentrierter geschieht in den Werkstätten, in dem unmittelbaren persönlichen Verkehr. Man kauft sich, wenn man glaubt, die Organisation der Sozialdemokratie beruhe hauptsächlich auf der Presse und auf dem Versammlungsrecht. Nein, meine Herren, die Grundlage der Organisation ist gegeben in den Vereinigungen innerhalb der Werkstätten selbst, dort hat die sozialdemokratische Partei während der Lohnkämpfe sich ihre Verbindungen geschaffen, dort werden die Verhandlungen getroffen, massenhaft bei Versammlungen zu erscheinen, dort werden die Blätter kolportiert, dort werden die Abonnenten gewonnen, dort werden die Gelder für Agitationszwecke gesammelt.

Es ist überhaupt falsch, zu meinen, der politische Schaden der Sozialdemokratie sei der größte, nein, meine Herren, die Vergiftung des Arbeitsverhältnisses, darin liegt der größere Schaden, die Zerstörung des Vertrauensverhältnisses zwischen Arbeiter und Arbeitgeber, die Zerstörung der Arbeitsfreudigkeit. Die Folgen der sozialdemokratischen Bewegung, die sich in der Werkstatt zeigen, das sind die schlimmsten. Je mehr man die Sozialdemokratie in die Werkstätten zurückdrängt, je mehr man die Sozialdemokratie in die Werkstätten konzentriert, um so mehr steigert man die Gefahr der sozialistischen Bewegung. Allerdings, wenn keine Versammlungen, keine Blätter mehr existieren, so hört die öffentliche Melkame auf, es wird dann nicht mehr in den Markt hinausgeschrien, aber dann besorgt die Polizei die Melkame selber. Es entwickelt sich dann ein so heimliches Verfolgungssystem und muß sich notwendig entwickeln, daß dadurch fortwährend die öffentliche Aufmerksamkeit im höchsten Maß auf die sozialistische Bewegung hingelenkt wird.

Das Thema ist noch nicht erörtert, wie die Polizei selbst durch ihre Kleinlichen und ungeschickten Maßnahmen dazu beigetragen hat, für die sozialistische Agitation Propaganda zu machen, wie sie aus wirklich oft ganz ungeschickten bedeutenden Leuten Märtyrer in den Augen der Menge geschaffen hat. Wir werfen ihr durchaus nicht vor die zu laze Handhabung, nein, meine Herren, wir werfen der Polizei aber vor die zu laze Handhabung nach der Seite, daß sie nicht die Rechtssphäre anderer Bürger gegen die Sozialisten schützt. Wir werfen ihr auch vor ungeschickte Handhabung des bestehenden Gesetzes. Man löst Versammlungen auf, Ja, meine Herren, es ist bei uns eben das Unglück, daß immer nur eine einzige Partei am Ruder ist, daß immer dieselbe Partei die Polizeiminister stellt, dieselbe Partei immer Hammer ist und niemals Amboss. Wäre das nicht der Fall, dann würden die Herren, wenn sie selbst Gelegenheit hätten, einmal Mitglieder einer aufgelösten Versammlung zu sein, dann würden sie erst wissen, wie ungeschickt und gerade entgegengesetzt die Auflösung solcher Versammlungen wirken kann. Gewiß, solche Versammlungen haben in vielen Fällen den Zweck, aufzureizen, recht sehr aufzureizen; aber das besorgt der ausführende Beamte in vielen Fällen besser, als der Redner von der Tribüne. Ueber eins beklage ich mich auch in der Handhabung der Befehrenden

13) Der Redner meinte, wenn es sich um die Sozialisten handelte, so ist es nicht möglich, sie zu verfolgen.



Gesetze; nicht darüber, daß zu wenig Beleidigungslagen wegen des Fürsten Bismarck angestrengt sind, nicht darüber, daß man politische Prozesse gegen die Sozialisten zu wenig angestrengt hätte; — nein, meine Herren, daß den Verleumdungen der Privatlehre, wie sie von der Partei und ihrem Blatte, der „Berliner freien Presse“, systematisch betrieben worden sind, daß denen gegenüber die Polizei weniger am Platz gewesen ist. Ich spreche nicht von Verleumdungen politischer Persönlichkeiten, nicht davon, daß man am Morgen der Wahl des Abgeordneten von Sauten in der „Berliner freien Presse“ verkündigte, es seien eben Arbeiter erschienen, die hätten noch auf ihren Rücken die Spuren der Peitsche gezeigt, die Herr von Sauten ihnen als Arbeitgeber hätte angebeihen lassen, — nicht, daß von anderer Seite ein Kandidat als Wucherer, ein dritter als Newyorker Millionendieb bezeichnet wurde, denn das muß jeder sich gefallen lassen, der in der Öffentlichkeit auftritt, und kann dies umsomehr, wenn er eine politische Notorietät hat; eine Persönlichkeit, die sich im politischen Leben bewegt, ist durch die Notorietät geschützt. Aber es ist etwas anderes; es besteht das System, wenn irgend ein Bürger in einer Versammlung bei irgend einer Gelegenheit gegen die Sozialisten spricht, so wird er sofort in seiner Privatlehre, in seiner Privatstellung in verleumderischer, böswilliger, lügnerrischer Weise angegriffen, es wird ein vollständiges System des Terrorismus zu ihnen gesucht, um abzuschrecken, gegen die sozialistische Bewegung aufzutreten. Und da haben wir oft manche gesagt, die sich angegriffen fühlten: wenn sie beim Staatsanwalt sich beklagen, so sagt der, es ist kein öffentliches Interesse vorhanden, dergleichen zu verfolgen. (Hört, hört! Sehr wahr!\*) Gewiß, meine Herren, es kann oft ein öffentliches Interesse nicht vorhanden sein, aber es kann auch dieses Verleumdungswesen — nicht Beleidigung, Beschimpfung, das lasse ich mir alles gern gefallen, — also die Angriffe auf die Parteistellung und die Verleumdung des Einzelnen kann zu einem System erhoben werden, durch das ein öffentliches Interesse in der Bekämpfung anerkannt werden muß.

14) Die Bekämpfung der Sozialdemokratie durch die Bürger selbst.

Wenn wir nun alle unsere Kraft auf dieses Gesetz stellen, auf die politische Bekämpfung, dann ist dies, wie dies richtig bemerkt wurde, die Bankrotterklärung der bürgerlichen Gesellschaft als solche, gegenüber der Sozialdemokratie noch etwas zu vernügen. Der Herr Minister mag sagen: ja die Mittel reichen nicht, es muß außerdem noch etwas geschehen zur Bekämpfung der Agitation; aber, meine Herren, in dem Augenblick, wo Sie die eine Partei mundtot machen, da machen Sie es doch ganz unmöglich, diese Partei zu bekämpfen, wenigstens wirksam zu bekämpfen in ihrer Agitation. Es wird ja diese ganze Kraft geköhmt, und doch müssen wir der Meinung sein, daß schließlich allein auf diesem Weg der Ueberzeugung diese Bewegung eingeschränkt werden kann. Es hilft nun einmal nichts, diese Bewegung muß auf dem selben Wege wieder hin aus dem deutschen Volke, wo sie hineingekommen ist; ein anderer Weg führt nicht zum Ziel.

15) Das Vorschlagsgesetz muß auch Beschränkung anderer Parteien nach sich ziehen.

Und dann, meine Herren, können Sie es hindern, daß diese Angriffe auf diese Bestrebungen der einen Partei auch die Beschränkung einer ganz demokratischen Partei gesprochen worden. Es ist von den Zielen der sozialdemokratischen Partei gesprochen worden, die bekämpft werden sollen. Nun, auf dem offiziellen Programm der sozialdemokratischen Partei steht auch in einer Nummer das Verbot der Sonntagsarbeit. Das fällt also auch in die Ziele der sozialdemokratischen Partei. Der konservative Herr von Helfdorff und die Herren Sozialisten stimmen ja in diesem Punkt genau überein. Wenn nun ein Sozialdemokrat eine Rede für das Verbot der Sonntagsarbeit hält, können Sie ihn dann mit Gefängnis bestrafen, und wenn Herr von Helfdorff in seinem Kreise eine solche Rede hält, diesen nicht? was wäre das für eine Gesetzgebung, was für eine Verwaltung! Die Sache würde freilich

\*) Staatsanwalt Lessendorf in Berlin erklärte hiergegen in einer an den Redner gerichteten Zuschrift, daß er solchen Anträgen regelmäßig Folge gegeben und zahlreiche Anlagen erhoben habe.

praktisch sich so gestalten, daß man die Verfolgung an Personen knüpft und sagt, wo die und die Personen auftreten, da werden die Ziele der Sozialdemokratie verfolgt, da müssen wir einschreiten. Was wird dadurch bewirkt? Die Folge ist die, die Wirksamkeit des Gesetzes wird liberal dahin getragen, wo jemand aus den sozialistischen Parteien austritt. Die Wirksamkeit des Gesetzes bezieht sich dann auch auf andere Vereine aus, sie wird sich auch auf Vereine zu gewerblichen Zwecken und Unterklassungsklassen ausdehnen, sie wird immer weiter um sich greifen. Herr von Helfdorff hat allerdings auch bemerkt, daß es sich ja nicht um eine reaktionäre Maßregel handle; — vorläufig mögen Sie ja damit genug haben, aber wenn dies helfen soll gegen die Richtung gegenwärtiger Parteien, warum soll man denn nicht auch dazu gelangen, dieselben Mittel auch gegen andere Parteien anzuwenden? Wir lesen ja in der Presse, daß die Fortschrittspartei, die liberale Partei den Sozialdemokratismus erzeugt habe. Nun, meine Herren, welche Dogen liegt denn da näher, als die Quelle zu verstopfen und ein weiteres Gesetz auch gegen diese Parteien zu lehren.\*) Nein, meine Herren, wir haben immer das unsrige getan gegen die sozialistische Partei; wir bedauern, daß die Regierung durch ihre Angriffe gegen die liberalen Parteien uns fast immer gezwungen hat, eine doppelte Frontenstellung nach beiden Seiten einzunehmen, daß dadurch unsere Kampfesfähigkeit, unsere Kampfesfrische nach der einen Seite geschwächt worden ist, daß dadurch unsere Widerstandskraft nach der einen Seite nur zu oft abgezogen worden ist.

Der Herr Minister hat bemerkt, daß doch der Reichstag sich in sehr großer Zahl versammelt habe, also doch nicht den Zeitpunkt der Einbringung der Vorlage für so ungeeignet zu halten sei. Nun, meine Herren, warum hat sich der Reichstag in so großer Zahl versammelt? Weil trotz aller persönlichen Opfer und Unbequemlichkeiten die Mitglieder von nah und fern sich gedrungen gefühlt haben, nach Berlin zurückzukehren, um Zeugnis davon abzulegen, daß sie mit dieser Vorlage nichts gemeinsam haben, — (sehr wahr! links) um darüber keinen Zweifel zu lassen, daß sie absolute Gegner dieser Vorlage und des Systems sind, welches sie vertritt.

16) Das allgemeine Verleumdungsgesetz.

Herr von Bennigsen hat die Regierung auch auf den Weg der allgemeinen Vereinsgesetzgebung auf eine spätere Zeit verwiesen. Nun, in. S., ich muß sagen, ich halte das gegenwärtige Verbot, und Versammlungsrecht, diese Gesetzgebung, die selbst oktrotet ist, die in der verfassungsfloßen Zeit Preußens entstanden sind, dieses Gesetz, das selbst Herrn von Manteuffel unter allen Umständen genühend erschienen ist zur Aufrichterhaltung der Ordnung, — das halte ich, geschieht gehandhabt und nicht bloß gehandhabt zum Schutze der staatlichen Ordnung im allgemeinen, sondern auch zum Schutze der Bürger angewandt, für vollkommen ausreichend, und wenn es das nicht wäre, — zu einer Regierung, die eine solche Vorlage bringt, die von einem solchen Gesetze befehlt ist, wie diese Vorlage, kann man nicht das Vertrauen haben, daß wir uns mit derselben über ein Reichsvereinsgesetz in einigen Monaten verständigen werden. (Sehr richtig! links.) Doch, es ist ja kein Zweifel, daß mit vier Fünftel gegen ein Fünftel diese Vorlage abgelehnt wird.

Gestatten Sie mir, nach dem Vorgang der anderen Redner, noch ein paar Schlußbemerkungen über die politische Situation im allgemeinen. Wir stehen heute am Schluß der parlamentarischen Saison. Am Anfang der Saison im preussischen Abgeordnetenhaus glaubten wir ein starkes Merkzeichen der beginnenden Strömung zu erkennen in dem Falkenlaßen der Städteordnung. Wir brachten infolge dessen ein Misstrauensvotum gegen die Regierung ein. Wir waren damals in unserer Stellung gegen die Regierung ein. Wir waren damals in unserer Stellung und unserer Anschauung durchaus isoliert; auf der einen Seite trug man sich noch mit dem Glauben, daß in der That Fürst Bismarck mehr als zuvor das Bedürfnis empfinde einer größeren Fühung mit der parlamentarischen Mehrheit der Volksvertretung, des Reichstags. Diese Illusionen

17) Die allgemeine politische Situation.

\*) Hofprediger Stöcker hat in dieser Weise schon wenige Tage darauf in einer Versammlung der Christlich-Sozialen erklärt, daß auch er mit dem vorgelegten Gesetz nicht einverstanden sei; gegen die Fortschrittspartei müssen die Gesetze gefehert werden.



sind vollständig zerstört, die organische Gesetzgebung in Preußen ist vollständig ins Stocken gerathen. Den Schluß der Landtagsession hat eine Vorlage gekennzeichnet, die ebenso rasch wie diese Vorlage improvisirt wurde und an den Landtag gelangte, und die eine ebenso scharfe Zurückweisung von der Mehrheit dieser Körperschaft erfahren hat. Damals stand noch ein Theil der nationalliberalen Partei auf Seiten der Regierung; jetzt ist die Majorität gewachsen, jetzt ist eine geschlossene Oppositionslinie hergestellt, die von der Fortschrittspartei beginnt und die ganze nationalliberale Partei umfaßt. Herr Graf Bethusy-Huc hat daran seine Betrachtungen geknüpft; auch ich finde diese Erscheinung wichtig genug, um sie zu markiren, wenn auch von entgegengesetzten Gefühlen dabei geleitet. Es ist meines Erachtens seit 10 Jahren der erste Fall wieder, wo alles, was sich liberal nennt, in einer hochpolitischen Angelegenheit geschlossen Schultex an Schultex der Regierung gegenübersteht. Die Regierung hat sich von dem Parlament mehr und mehr isolirt. Fürst Bismarck hat sich aber noch mehr isolirt von den Männern, in denen er bisher eine Stütze fand. Herr von Hellborn hat gesprochen von der Art und Weise, wie hier in den parlamentarischen Körperschaften oft Verwaltungsbeamte angegriffen, getadelt würden. Meine Herren, das hat dem Ansehen nicht soviel geschadet, wie der Tadel, den Fürst Bismarck vor den parlamentarischen Körperschaften ausgesprochen hat, hier und am anderen Ende der Straße, gegen Männer, mit denen er Jahre lang zusammen gearbeitet hat. (Sehr wahr! links.) Der Herr Minister leugnet die Behauptung des Herrn von Bennigsen, daß die Ministerkrise permanent sei. Allerdings, die Minister sind wie Blumen auf dem Felde, wenn ein scharfer Wind darüber kommt, sei es von Paris, sei es von Friedrichshagen, dann sind sie nicht mehr da und ihre Stütze erkennt man nicht mehr. (Weiterkeit.) Ich sage nichts unrichtiges, wenn ich behaupte, wir fragen uns oft, wenn wir Morgens ins Haus treten in einer gespannten politischen Situation: Ist nicht wieder ein Abgang oder Zugang im Ministerium zu bemerken? Sind das noch dieselben Minister, die wir heute vor uns zu sehen erwarten. Der Herr Minister hat die Hoffnung ausgesprochen, daß der Herr Minister Falk — der einzige feste Punkt, wie ihn der Herr Abgeordnete Lasler einmal bezeichnet hat — im Ministerium verbleiben würde. Ich weiß nicht, ob die politischen Freunde des Herrn Ministers Falk wünschen müssen, daß er in einer Gemeinschaft verbleibt, zu der er vielleicht von Tag zu Tag weniger gehört.

Die staatserkhaltenden Kräfte sollen sich zusammenfassen! so wird uns gepredigt hier, so wird uns gepredigt in der offiziellen Presse. Meine Herren, wenn nur das die staatserkhaltenden Kräfte wären, die die Staatserhaltung am meisten im Munde führen, dann wäre unser Staat wahrlich nicht so fest begründet, wie er nach meiner Ueberzeugung in Wirklichkeit ist. Was hat denn der Autorität der Staatsregierung so sehr geschadet, eine Autorität, die unter allen Umständen erhalten werden muß? Nichts hat ihr so sehr geschadet, als das Verhalten der Regierung selbst in dieser ganzen parlamentarischen Saison, das Verhalten gegen die einzelnen Minister, das Verhalten gegen die Parteien dieses Hauses, dieses Bestreben, so zu regieren, als ob außerhalb des Fürsten Bismarck gar keine selbstständigen politischen Elemente in der Volksvertretung oder sonstige vorhanden wären. Dadurch hat die Autorität jeder Staatsregierung einen Stoß der Art erlitten, daß es eines wirklich von dem Vertrauen einer großen Majorität des Reichstags getragenen liberalen Ministeriums bedürfen wird, um diese Erschlitterung der Staatsautorität, die im Verlauf der parlamentarischen Saison eingetreten ist, wieder auszugleichen.

Mag aber auch die Verwirrung, welche von Seiten der Regierung erzeugt wird, sich noch weiter steigern; mögen die Verhältnisse sich noch mehr trüben, nach unserer Auffassung ist das deutsche Reich in dem Herzen des deutschen Volkes fest genug verankert, daß wir gewiß der Hoffnung sein dürfen: die Liebe und Treue des deutschen Volkes zu Kaiser und Reich wird uns auch in dieser Zeit vor Klippen und Untiefen schützen, die das Staatsschiff zu undrohen scheinen. (Lebhafte Bewill! links.)

### III. Schlußbemerkungen zur Reichstagsauflösung.

#### Das zweite Attentat.

Am 2. Juni, 9 Tage nach Schluß der Reichstagsession, erfolgte unter den Linden das zweite nichtswürdige Attentat, welches sich nach der raffinierten Art seiner Vorbereitung und Ausführung, sowie durch die Verwundungen, welche der große Herrscher davontrug, noch weit schlimmer darstellt als das erste Attentat. — Naturgemäß gab sich darüber die größte Volksaufregung kund. Sofort wurde eine Menge von Vorschlägen laut, wie man ein solches Attentat verhindern könne. Die Vorschläge erweisen sich, sobald man sie klar ausdrückt, als unausführbar. Man kann nicht in einer großen Stadt äußerlich erkennen, wer etwa Attentatsabsichten hat und ebensowenig hohe Personen, sobald sie sich in die Öffentlichkeit begeben, vor Morgengewehren aus irgend einem Versteck sicherstellen. Keinerlei Polizeibeschränkungen in Bezug auf Reisen, Aufenthalt, Regimenter, Waffenbesitz haben Mordversuche ähnlicher Art zu irgend einer Zeit verhindert. Am Wenigsten würde eine Persönlichkeit wie Robiling, welcher sich durch Zeugnisse bekannter Professoren und Beamten ausweisen konnte und zeitweilig Hilfsarbeiter bei Behörden gewesen war, außerdem gute Familienverbindungen hatte (sein Urteil erfreute sich als Rheinstrombau-Direktor in Koblenz der persönlichen Bekanntschaft der Kaiserin), durch allgemeine Polizei-Einrichtungen behindert worden sein. — Sr. Majestät der Kaiser selbst soll eine darauf bezügliche Bemerkung gemacht haben: Das Leben der Monarchen stehe in Gottes Hand. Polizeimaßregeln vermöchten gegen solche Frevelthaten nicht zu schützen. — Selbst die Abschredungstheorie vermöge solchen Attentaten nicht vorzubeugen. Auch im neuen Strafgesetzbuch wird der Mord und ebenso schon der Versuch des Mordes an dem Kaiser als Hochverrath mit dem Tode bestraft. Einen Verbrecher wie Robiling, der nach verübter That zum Selbstmord entschlossen war, vermögen auch Strafen nicht zu schrecken. — Robiling erscheint nach dem, was bis jetzt bekannt, als eine von maßloser Eitelkeit und Ruhmsucht beherrschte Persönlichkeit, deren Fähigkeiten zu den Ansprüchen in keinerlei Verhältnissen standen. Sein Lebensgang hatte keine bestimmte Richtung mehr, sein Lebenswandel ist jedenfalls nichts weniger als rein gewesen. Seine sozialistischen Ansichten, welche er weniger aus der Theilnahme an Agitationen, als der sozialistischen Presse und aus dem Versammlungswesen, als vielmehr aus akademischen Studien geschöpft hatte, haben seltner zu solchen Schandthaten angelegentlich Persönlichkeit die Richtung gegeben. Das Beispiel Södel's scheint schon vorher gefaßten Plan vollends zur That gebracht zu haben.

#### Die Auflösung des Reichstages.

Während das deutsche Volk über die seinen Kaiser zugefügte Schandthat in einmüthiger Entrüstung, über die dem deutschen Namen zugefügte Schmach in Trauer verharrte, der politische Parteikampf unter diesen allgemeinen Gefühlen ganz in den Hintergrund trat, brachte Fürst Bismarck zur allgemeinen Ueberzeugung schon 4 Tage nach dem Attentat den Antrag auf Auflösung des Reichstags an den Bundesrath.\*) Begründet wurde der Antrag nur

\*) Die badische Regierung bemerkt dazu satbarmlich in der „Saarlöcher Zeitung“: „Der Antrag auf Auflösung des Reichstages war, wie wir vernahmen, in Bundesrathlichen Kreisen nicht ohne Bedenken aufgenommen worden. Auch die badische Regierung hätte gewünscht, daß zunächst der bisherige Reichstag eubersien worden wäre, in der Annahme, daß es jetzt den verbliebenen Regierungen gelingern sein würde, sich mit einer großen Majorität des Parlaments über die Maßnahmen zu verständigen, welche zur allgemeinen Befähigung eines in der weitestgehenden Weise wiederholt zu Tage getretenen, die Grundlage der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung zerstörenden Verfalls unabweislich geworden sind. Nur wenn wider Erwarten auf diesem Wege nicht zum Ziele zu gelangen wäre, dann würde man den Zeitpunkt für gekommen erachten, den jetzigen Reichstag aufzulösen und an die Nation zu appelliren. Wenn



Reichstags der wahre Liberalismus vertreten sei, indem er im Gegensatz zu der „von Mednern des Reichstags in Aussicht gestellten eventuellen Unterstützung bei künftigen Vorlagen“ nicht das Maß freier Bewegung, welches die bestehenden Gesetze gewähren, im Ganzen einer Einschränkung unterwerfen will, so kann sich dadurch nur Jemand betreten lassen, welcher sich an den äußeren Titel und nicht an die innere für die gesammte Rechtsordnung verbindliche und doch für den besonderen Zweck wirkungslose Natur eines Ausnahmegesetzes hält.

— Je weniger nach Alledem die Auflösung des Reichstags durch die amtlich dem Bundesrath hinfür angegebenen Motive gerechtfertigt erscheint, um so näher liegt es, diese Maßregel der Auflösung aus der ganzen übrigen parlamentarischen Situation und Vorgeschichte zu erklären. Die Wahlen werden unter der sich gegen Attentat und Sozialisten lehrenden Erregung des Augenblicks vollzogen werden. Der neugewählte Reichstag aber wird vielleicht nur in den ersten Tagen sich mit einem Sozialistengesetz, während der ganzen übrigen drei Jahre dagegen mit den wichtigsten anderen Fragen zu beschäftigen haben, von denen augenblicklich die Aufmerksamkeit der Wähler nur allzufehr abgelenkt erscheint.

Ergiebt sich eine willkürliche Mehrheit, so werden alsbald die 200 bis 300 Millionen neuer indirekter Steuern dem Reichstage abgefordert werden, welche Fürst Bismarck für nothwendig hält. Tabakmonopol, Zuckermonopol, hohe Besteuerung der Wirtschaften, Bölle auf Petroleum, vielleicht sogar auf alle vom Auslande eingehende Waaren werden aufhören, bloße Projekte zu sein. Eine allgemeine Vertheuerung der Lebensmittel wird die Folge werden. Auch wird vor Ablauf der bis zum 1. Januar 1882 reichenden Bewilligung eines Friedens-Präsenzstandes von 400,000 Mann der Versuch wiederholt werden, durch bauernde Festsetzung derselben oder einer noch höheren Präsenz den Anfang des von der Nation zu leistenden Militärdienstes von der erneuten Beschlußfassung des Reichstages auch bei sonst veränderten Verhältnissen unabhängig zu machen. Beschränkungen des Wahlrechts und der Stellung des Reichstags werden die Kräfte gegen unsere gesammte neuere Entwicklung dauernd zu befehligen streben.

Unter allen Umständen kommt es dem Fürsten Bismarck sichtlich darauf an, sich eine ihm unbedingt ergebene, von seiner Unfehlbarkeit überzeugte große Partei Bismarck sans phrase zu verschaffen, geneigt, alle Pläne, welche für die innere Politik ihm jeweilig vorschweben, zu unterstützen und die Herrschaft eines Einzelnen auch über die Gesetzgebung in einem Umfange zu begründen, wie sie bisher nicht dagewesen ist. —

Davor mögen das deutsche Vaterland bei den Neuwahlen die vereinten Anstrengungen aller aufrichtig liberalen Männer bewahren!